



Anna Lührmann BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Politikwissenschaftlerin/Mitglied des Deutschen Bundestages
www.anna-luehrmann.de

Antworten zum #WahlkreisRADar des ADFC Main-Taunus

Persönliche Prioritäten: Was ist Ihre persönliche Verbindung zum Fahrrad und zum Radfahren? Was ist Ihnen persönlich beim Thema Radverkehr und Verkehrswende besonders wichtig, und wie möchten Sie sich dafür einsetzen?

Fahrradfahren ist seit meiner Jugend ein wichtiger Bestandteil meines Lebens. Wenn ich nach einer langen Sitzung in Berlin aufs Fahrrad steigen kann, statt im Auto oder S-Bahn zu sitzen, dann freue ich mich. Bewegung an der frischen Luft tut einfach gut. Aber leider sind meine Termine oft so eng getaktet, dass ich die Wege zur Vorbereitung nutzen muss, statt Fahrrad zu fahren. Auch in der Politik ist es mir ein Anliegen, das Radfahren zu fördern. Letztes Jahr habe ich beispielsweise zusammen mit den Landesvorsitzenden der Grünen in Hessen und unserem Kreisverband eine Sommerradtour durch den Main-Taunus veranstaltet. Dabei gab es viele wertvolle Begegnungen mit Radfahrer*innen, die mich inspiriert haben, mehr für die Förderung des Radverkehrs zu tun. Es ist mir ein besonderes Anliegen, dass alle Bürger*innen, egal ob auf dem Land oder in der Stadt, mit bezahlbaren und klimafreundlichen Verkehrsangeboten versorgt sind.

Position Ihrer Partei: Wie steht Ihre Partei zu den Themen Radverkehr und Verkehrswende? Bitte heben Sie zentrale Punkte und Positionen aus Ihrem Wahlprogramm hervor.

Als Grüne im Bundestag kämpfe ich für eine klimaneutrale Mobilität. Wir wollen, dass alle Menschen von einem gerechten, günstigen und flächendeckend gut ausgebauten öffentlichen Verkehr profitieren. Wir setzen uns für intakte Verkehrsnetze sowie mehr Bahn, ÖPNV, Fahrrad- und Sharing-Angebote ein. Dabei soll Deutschland in den nächsten Jahren zu einem attraktiven Fahrradland werden. Wir wollen, dass es mehr Radwege gibt, auf denen alle sicher unterwegs sind. Deshalb setzen wir uns für den Ausbau von Radwegen im urbanen und ländlichen Raum ein und möchten die notwendigen Investitionen weiterhin bundesseitig bereitstellen.

Uns liegt viel daran, ein funktionierendes Miteinander im Verkehr zu schaffen, in dem alle Menschen komfortabel und sicher ihr Ziel erreichen. Das unbegrenzte Rasen auf Autobahnen

sehen wir als Schaden für Mensch und Umwelt. Ein Sicherheitstempo von 130 km/h auf Autobahnen als generelles Tempolimit ist deshalb überfällig. Den Bußgeldkatalog für schwere Verkehrsverstöße wollen wir auf europäisches Niveau anheben. So wollen wir die Sicherheit von Bürger*innen auf den Straßen erhöhen und wichtige Verkehrsträger wie das Radfahren stärken und attraktiver machen.

Bilanz der letzten Legislaturperiode: Welche konkreten Maßnahmen zum Radverkehr und zur Verkehrswende haben Sie oder Ihre Partei in der vergangenen Legislaturperiode unterstützt oder abgelehnt?

In den letzten Jahren haben wir in der Ampel-Koalition viel erreicht. Ein wichtiger Schritt war die Modernisierung des Straßenverkehrsrechts. Kommunen haben nun erheblich mehr Möglichkeiten, den Verkehr vor Ort zu gestalten. Bei Gefahrenlagen können sie eigenständig entscheiden, ein Tempo-30-Limit einzurichten. Von der Einführung von mehr Tempo-30-Zonen profitieren alle Bürger*innen, insbesondere auch Radfahrer*innen.

Neben der Umsetzung der Straßenverkehrsgesetzreform haben wir auch massiv in das Schienennetz investiert und den Bahnverkehr nach jahrzehntelanger Vernachlässigung wieder fit gemacht. Mit dem Deutschlandticket machen wir die Nutzung des ÖPNV so günstig und einfach wie noch nie. Das ist auch im Interesse von Radfahrer*innen, die im Alltag auf eine gute Anbindung an den ÖPNV angewiesen sind, um von A nach B zu kommen.

Immer wieder haben andere Parteien versucht, die Verkehrswende zu blockieren. Als die FDP beispielsweise den Autobahneubau vorantreiben wollte, haben wir das erfolgreich verhindert. In der nächsten Legislaturperiode werden wir uns weiterhin für eine klimafreundliche, fahrradfreundliche und sichere Verkehrswende starkmachen.

Ziele für die Zukunft: Welche konkreten Maßnahmen und Gesetzesvorhaben möchten Sie anstoßen oder unterstützen, um den Radverkehr in Ihrem Wahlkreis und bundesweit zu fördern und die Verkehrswende voranzutreiben?

Wir haben in den nächsten Jahren noch einiges vor. Wir wollen die Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur auf klimafreundliche Mobilität ausrichten und so die hohe Autoabhängigkeit reduzieren. Neben dem Ausbau von Bus- und Bahnverkehr sollen dabei Radwege eine Schlüsselrolle einnehmen.

Wir fordern, dass die Radverkehrsinfrastruktur in Stadt und Land weiter ausgebaut wird. Dazu gehört auch die bessere Verknüpfung von Radverkehr und ÖPNV. Beispielsweise wollen wir mehr Stellplätze an Bahnhöfen schaffen. Derzeit reichen die Stellplätze nicht aus und decken den Bedarf der Radfahrer*innen nicht ab. Außerdem müssen die Stellplätze so sicher sein, dass auch hochwertige Räder bedenkenlos abgestellt werden können. Hierfür muss der Bund unbedingt finanzielle Anreize setzen.

Wähler:innen einbeziehen: Welche Rolle sehen Sie für Bürgerinitiativen und Vereine wie den ADFC bei der Gestaltung einer fahrradfreundlichen Politik?

Bürger*initiativen und Vereinen wie dem ADFC kommt eine wichtige Rolle bei der weiteren Gestaltung der Verkehrswende und einer fahrradfreundlichen Politik zu. Ihre verkehrspolitische Expertise und ihre Kenntnisse der Problemlagen vor Ort sind wertvolle Anregungen für mich und meine Kolleg*innen im Bund, aber auch in den Ländern und Kommunen. Vereine wie der ADFC können darauf hinwirken, dass Radverkehrspläne erstellt werden, dass Wissen über das neue Straßenverkehrsrecht in die Kommunen getragen wird, oder dass lokal auf Gefahrenstellen hingewiesen wird. Hinzukommt: in einer Zeit, in der einige Akteure zunehmend auf Widerstand gegen die Verkehrswende setzen, sind sie eine wichtige und gewichtige Stimme für mehr Nachhaltigkeit in der mobilitätspolitischen Debatte.